

Standort- und Kommandanturbefehle des Konzentrationslagers Auschwitz 1940-1945. Hrsg. i.A. des Instituts für Zeitgeschichte von Norbert Frei, Thomas Grotum, Jan Parcer, Sybille Steinbacher, Bernd C. Wagner. (Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz, 1.) Verlag K.G. Saur. München 2000. 604 S., Ktn. (DM 198,-)

Sybille Steinbacher: „Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien. (Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz, 2.) Verlag K.G. Saur. München 2000. 419 S., Ktn. (DM 78,-)

Bernd C. Wagner: IG Auschwitz. Zwangsarbeit und Vernichtung von Häftlingen des Lagers Monowitz 1941-1945. (Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz, 3.) Verlag K.G. Saur. München 2000. 378 S., Tab., Graphiken (DM 78,-)

Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik. Hrsg. i.A. des Instituts für Zeitgeschichte von Norbert Frei, Sybille Steinbacher, Bernd C. Wagner. (Darstellungen und Quellen zur Geschichte von Auschwitz, 4.) Verlag K.G. Saur. München 2000. 335 S. (DM 138,-; alle vier Bände DM 448,-)

Die vorliegende Publikationsreihe ist das Ergebnis eines Forschungsprojektes, das unter Leitung von Norbert Frei seit 1994 am Münchner Institut für Zeitgeschichte und ab 1997 an der Ruhr-Universität Bochum durchgeführt wurde. Der Quellenband zu den Standort- und Kommandanturbefehlen des Konzentrationslagers (KL) Auschwitz gibt Einblick in den alltäglichen inneren Dienstbetrieb des größten nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagers, in dem im Durchschnitt 3000 bis 4000 SS-Angehörige eingesetzt waren. Viele von ihnen lebten im Kreis ihrer Familienangehörigen in ‚beschlagnahmten‘ Wohnhäusern in unmittelbarer Nähe des Lagerkomplexes, dessen baulicher Kern während des Ersten Weltkriegs als Emigrationslager für in Deutschland tätige Saisonarbeiter entstanden war. Da der Großteil der Aktenüberlieferung vor der Räumung des KL vernichtet wurde, vermitteln die Anweisungen Rudolf Höß' und seiner beiden Nachfolger zahlreiche Einzelheiten „über die administrativen Prozesse des Terrors und über die Organisationsstrukturen innerhalb des Lagers“ sowie „über individuelle Handlungsspielräume und Dienstgewohnheiten des Wachpersonals“ (S. I). Der Lagerleitung ging es darum, Disziplinlosigkeit und Schlamperei unter den Wachmannschaften mit rigoroser Härte gegenzusteuern. Dabei wird auf die „Endlösung der Judenfrage“ nur selten unmittelbar Bezug genommen. Vielmehr geht es u.a. immer wieder um das ‚korrekte‘ Verhalten gegenüber den – anfangs polnischen, später auch sowjetischen und vor allem jüdischen – Häftlingen und gegenüber der einheimischen Bevölkerung im Ort und den bis zu 1000 im KL tätigen Zivilarbeitern, aber auch um den Schutz der Geheimhaltung, da widerrechtlich fotografiert wurde und nicht selten Familienangehörige im Lager herumgeführt wurden. Belobigungen sprachen die Kommandanten aus, wenn SS-Männer einen Flüchtenden erschossen oder eine Flucht im voraus vereitelt hatten. Auch Befehle des SS-Reichsführers Himmler wurden mitgeteilt, darunter im April 1942 die in Anbetracht des Massenmords geradezu skurrile Aufforderung, sich an einer Propagandaaktion „Mehr Höflichkeit“ zu beteiligen (S. 130), während die „Reichsmusikprüfstelle“ Ende 1941 erläuterte, welche Stellen in dem Soldatenlied „In einem Polenstädtchen“ abzuändern seien, um jeglichen Bezug auf das von der Landkarte getilgte Polen auszumerzen (S. 78). Die Mitteilungen betrafen darüber hinaus Tipps für die Freizeitgestaltung im Auschwitzer Lokal „Deutsches Haus“, in einer in den Beskiden gelegenen „SS-Hütte“ oder beim Theaterbesuch in Kattowitz oder Bielitz.

Der Band verfügt über ein sorgfältig erstelltes geographisches sowie Personen- und Sachregister.

In ihrer 1998 an der Ruhr-Universität Bochum verteidigten Dissertation über die „Musterstadt“ Auschwitz betrachtet Sybille Steinbacher den nationalsozialistischen Judenmord in den 1939 vom Dritten Reich annektierten Gebieten vor dem Hintergrund von Planungen und Vorbereitungen für eine nach den Vorstellungen der NS-Rassenideologie

zu vollziehende radikale Umgestaltung des zu deutschem Lebensraum bestimmten Ost-(mittel)europa. Sie folgt einem von Götz Aly und Susanne Heim entwickelten Erklärungsansatz, wonach es eine konzeptionelle, zeitliche und räumliche Einheit von Germanisierungs- und Vernichtungspolitik gegeben habe. Die Vf.in sieht daher einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen weitausgreifenden Plänen zur Ansiedlung Reichsdeutscher sowie volksdeutscher Gruppen zur Herstellung „rassischer“ Homogenität im Sinne der Nationalsozialisten einerseits und der Verdrängung, Vertreibung und schließlich Vernichtung von polnischen und jüdischen Einheimischen andererseits (S. 18 f., 188, 265). Sie kommt zu dem Schluß: „Der Massenmord [an den Juden] geschah nicht zuletzt deshalb, um dem eroberten Osten die ‚deutsche Kultur‘ zu bringen“ (S. 273). Dabei bietet St. unter Heranziehung von umfangreichen, heute an verschiedenen Orten insbesondere in Deutschland und Polen lagernden Archivmaterialien der beteiligten NS-Behörden sowohl eine Regionalstudie über die Anbahnung des Holocaust in Ostoberschlesien als auch eine lokale Untersuchung zum NS-Besatzungsregime in der zur „Eindeutschung“ ausersehenen Kleinstadt Auschwitz (Oświęcim).

Auschwitz bildete zunächst einen Teil des an Ostoberschlesien angrenzenden, von 80 000 bis 100 000 Juden bewohnten „Oststreifens“, der Ende 1939 – nicht zuletzt wegen seiner kriegswirtschaftlichen Bedeutung – annektiert wurde. Die jüdische Gemeinde der Stadt, die vor Beginn des Zweiten Weltkriegs die Hälfte der Einwohnerschaft bildete, war erst innerhalb weniger Jahrzehnte zuvor aus Galizien zugewandert und an die polnische Kultur kaum assimiliert. Die Einführungskapitel (S. 23-47) zur Geschichte des Ortes vor dem „Einmarsch der Nationalsozialisten“ (S. 37) enthalten eine Reihe widersprüchlicher Angaben – etwa zu den in Auschwitz benutzten Sprachen (S. 41, 43) – und fragwürdiger Formulierungen (u.a. zur Intensität des Antisemitismus auf seiten der polnischen nicht-jüdischen Bevölkerung, S. 44 ff.). Die Vf.in beschreibt die eskalierende Verfolgung und Entrechtung der Juden unter dem NS- und SS-Regime und schildert sodann – parallel zu den Territorialplanungen der nazideutschen Besatzer – detailliert die Vorbereitung und Durchführung von „Völkerverschiebung und ‚Germanisierung‘“ auf zentraler und regionaler Ebene, problematisiert u.a. zu Recht den Begriff der deutschen Volkszugehörigkeit, der – obgleich die Besatzungsorgane ihn „so häufig“ verwendeten (S. 117) – sich in Oberschlesien weit weniger sinnvoll anwenden ließ als in den übrigen westpolnischen Gebieten. Von diesen unterschied sich die Region außerdem dadurch, daß jüdische Zwangsarbeiter von der SS-Dienststelle Schmelzt zunächst beim Straßenbau und in großer Zahl in der kriegswichtigen Produktion eingesetzt wurden – auch dann noch, als im Warthegau, in Kulmhof/Chełmno, der direkte Massenmord begann. Freilich war der „Arbeitseinsatz“ auch hier nur „eine Etappe im Vernichtungsprozeß“ (S. 293). Als schließlich im Sommer 1943 auch in Ostoberschlesien die „Endlösung“ im Sinne der nationalsozialistischen Rassen- und Vernichtungsideologie erfolgte, traten polnische Arbeitskräfte an die Stelle der Ermordeten. Das Verhalten der deutschen Zivilbevölkerung, die das Geschehen aus nächster Nähe verfolgte und vielfach tätige Mithilfe bei den Deportationen leistete, war – so St.s Befund – geprägt von dem Bestreben, sich am Judenmord finanziell zu bereichern; eine innere Opposition tat sich nicht kund.

Die Bochumer Dissertation von Bernd C. Wagner über das Werk Auschwitz der IG Farbenindustrie und das Zwangsarbeits- bzw. Konzentrationslager Monowitz, die als dritter Band der Reihe erschienen ist, macht deutlich, in welchem Ausmaß sich der damals zweitgrößte Industriekonzern Deutschlands bei der Ausbeutung und Vernichtung von Häftlingen in eine enge Kooperation mit der SS verstrickte. Für die Errichtung einer Fabrik zur Erzeugung des Kautschukersatzstoffes Buna und von synthetischem Treibstoff in Monowitz stellte die SS dem Unternehmen seit 1941 eine wachsende Zahl von KL-Insassen zur Verfügung, und Ende Oktober 1942 wurde auf dessen Betreiben gar ein eigenes KL eröffnet, „um die Häftlinge möglichst effektiv und flexibel auf dem Baugelände der IG einsetzen zu können“ (S. 141). Es war damit „das erste große, auf Initiative eines

privaten Industrieunternehmens errichtete Konzentrationslager“ (S. 203) und beherbergte noch 1944 ständig über 7000 Menschen, die immer neuen Selektionen ausgesetzt waren. Etwa 5000 – darunter 70-90% Juden –, die 1943 überwiegend aus den jüdischen Zwangswohnvierteln in Polen, ansonsten aus Westeuropa, dem „Protektorat“, dem Altreichsgebiet, Griechenland, Italien und 1944 auch aus Ungarn kamen, arbeiteten damals für die „IG Auschwitz“ (S. 105 f.). Insgesamt waren auf der Großbaustelle – neben einer seit Baubeginn sinkenden Zahl von (Volks-)Deutschen – tausende ausländische „Fremdarbeiter“ aus ganz Europa eingesetzt, darunter vor allem Polen aus der näheren Umgebung, aber auch Franzosen, Belgier, Kroaten, Italiener, britische Kriegsgefangene sowie eine große Zahl „Ostarbeiter“. Statt zu einer unter ideologischen Vorgaben verkündeten „Eindeutschung“ der Stadt führte der Fabrikbau zu wachsender „Völkervielfalt in Auschwitz“ (S. 87). Die Fluktuation war beachtlich, denn Häftlinge fielen unter den katastrophalen Lebensbedingungen ständig der Vernichtung durch Arbeit zum Opfer und wurden durch Neuankömmlinge ersetzt, während „Fremdarbeiter“ sich häufig durch Flucht zu entziehen versuchten und im Ausland angeworbene Zivilarbeiter aus dem Urlaub nicht zurückkehrten. Mit einem brutalen Straf- und Repressionsregime versuchte die Lagerleitung das zu bekämpfen, was sie als versteckte Arbeitsverweigerung und „Bummelei“ wahrnahm. Insgesamt verloren im KL Monowitz und bei der Arbeit in den Buna-Werken etwa 25 000 Häftlinge das Leben (S. 281 f., 287).

W. wendet sich ausführlich den Beziehungen unter den Insassen im KL zu (S. 102-203), das auf eine große Zahl von – meist deutschen – „Funktionshäftlingen“, Kapos oder Antreibern angewiesen war, die als verlängerter Arm der Lagerleitung agierten. Unter ihnen befanden sich zunächst in Buchenwald eingesperrte Kommunisten – „die Meinungsführer im Lager“ (S. 195) –, aber seit Sommer 1942 auch „zur privilegierten Schicht“ (S. 287) gerechnete Polen und später sogar einige Juden, die ansonsten ausnahmslos die Basis der Lagerhierarchie bildeten. Für das individuelle Überleben einen gewissen Schutz bietende konspirative Zellen entstanden nur unter Kommunisten einerseits und national-polnischen Aktivisten andererseits. Inwieweit die SS bei der Beherrschung des Lagers den Antisemitismus unter den Insassen auszunutzen vermochte, kann angesichts sich widersprechender Zeugenaussagen heute nicht mehr eindeutig geklärt werden (S. 195-198, 321 f.). Der Vf. stellt jedoch fest: „Ohne die Mithilfe der zumeist deutschen und polnischen [...] Funktionshäftlinge hätte Monowitz nicht so reibungslos als Arbeitskräfte-reservoir funktioniert“ (S. 292).

Alliierte Luftangriffe auf die kurz vor der Inbetriebnahme stehende Fabrik beendeten im Sommer 1944 die mit dem Bauvorhaben nahe der Ostgrenze des Reiches verbundene Illusion, das neue Werk werde luftkriegssicher sein. Bei der Räumung des Geländes im Januar 1945 ging es als „wohl größte Investitionsruine der deutschen Kriegsrüstung“ (S. 280) in die Hände der Roten Armee über. Das Werk wurde weitgehend demontiert und in die UdSSR abtransportiert. Was übrig blieb, bildete in den Nachkriegsjahren eine der Grundlagen für die polnische Kunststoffproduktion.

Zu den Verdiensten der Studie gehört zweifelsohne der gesicherte Befund, daß die Zwangsarbeit der Häftlinge aufgrund ihrer geringen Arbeitsproduktivität für die IG wirtschaftlich nicht rentabel war (S. 270, 275, 289 f.). W. widerspricht damit Behauptungen, die in der Forschung der Volksrepublik Polen aus einem antikapitalistischen Affekt heraus oft wiederholt wurden; eine systematische Auswertung der polnischsprachigen Literatur erfolgt allerdings nicht.

St.s und W.s verdienstvolle und richtungsweisende Studien leisten einen wichtigen Beitrag zur realen okkupationsgeschichtlichen Einbettung eines Ortes, dessen Name in den zurückliegenden Jahren leider zu einer bloßen Metapher verkommen ist.

Der abschließende Sammelband enthält, unterteilt in die Themenblöcke Ausbeutung, Vernichtung und Öffentlichkeit, zehn Beiträge zu ausgewählten Aspekten der national-sozialistischen Lagerpolitik aus größeren laufenden bzw. gerade abgeschlossenen For-

schungsvorhaben. Mit Bezug auf den Interessenbereich dieser Zeitschrift ist hier Jan Erik Schultes Studie über die Ausbeutung der Zwangsarbeit von Juden in dem SS-Unternehmen „Ostindustrie GmbH“ herauszugreifen, das seit Anfang 1943 im Generalgouvernement mehrere Produktionsstätten errichtete. Noch im Aufbau befindlich, wurde das Projekt im November jäh abgebrochen, nachdem es in den Gettos von Warschau und Bialystok sowie in Vernichtungslagern zu Revolten gekommen war und Himmler Befehl erteilt hatte, die jüdischen Arbeitshäftlinge unverzüglich zu ermorden. Gabriele Lotfi betrachtet die Entwicklung der „SS-Sonderlager im nationalsozialistischen System“ u.a. am Beispiel von Stutthof/Danzig und Soldau (Działdowo), wo 1939/40 „Polizeihaftlager“ für polnische Zivilgefangene entstanden. Während letzteres zum „Arbeitserziehungslager“ umgewandelt wurde, nahm Himmler das Danziger Lager in den Kreis der KL auf. Quasi in Ergänzung zu seiner Dissertation befaßt sich Bernd C. Wagner in „Gerüchte, Wissen, Verdrängung“ mit der Frage, wieviel die örtlichen Repräsentanten der IG Farbenindustrie seinerzeit über die Menschenvernichtung im benachbarten Tötungszentrum Auschwitz-Birkenau gewußt haben. Bernward Dörner schließlich untersucht anhand deutschen Aktenmaterials über „Todesurteile gegen Judenhelfer“ die NS-justizielle Ahndung der Judenhilfe zwischen 1942 und 1944 in den annektierten westpolnischen Gebieten, im Generalgouvernement und im „Protektorat“. Er offenbart sowohl die Beweggründe der „im Osten“ tätigen deutschen Staatsanwälte und Richter, die glaubten, „Reichsfeinde“ und deren Komplizen zu verfolgen, als auch – mittelbar – die Motive der hilfs- und risikobereiten Pol(inn)en und Tschech(inn)en.

An einem exemplarischen Fall leisten die vier Bände insgesamt viel für die real-historische Aufarbeitung der NS-Herrschaft in den eroberten Gebieten. Noch mehr ließe sich bei solchen Großprojekten freilich durch eine enge Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern aus Polen oder Tschechien erwarten.

Marburg/Lahn

Klaus-Peter Friedrich

Barbara Fijałkowska: Partia wobec religii i kościoła w PRL. [Das Verhältnis der Partei zu Religion und Kirche in der Volksrepublik Polen.] Bd. 1: 1944-1955. Bd. 2, Teil 1: 1956-1963. Wydawnictwo Uniwersytetu Warmińsko-Mazurskiego. Olsztyn 1999-2000. 256 S., 31 Abb. i. Anh.; 300 S.

Die katholische Kirche in Polen spielte auch während der Volksrepublik in der polnischen Gesellschaft eine führende geistige und gesellschaftliche Rolle und stand daher in bezug auf den geistig-moralischen bzw. ideologischen Führungsanspruch in scharfer Konkurrenz zur herrschenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR). Konnte die PZPR in den Anfangsjahren des „Aufbaus des Sozialismus“, d.h. in den Jahren des Stalinismus, durch Repressionen und Internierung kirchlicher Persönlichkeiten einen vorübergehenden Triumph im Ringen mit der katholischen Kirche verbuchen, so gelang es ihr nicht, den gesellschaftlichen Einfluß der katholischen Kirche zu vernichten, die schließlich einen wesentlichen Beitrag zum Sturz des kommunistischen Regimes im Jahre 1989 leistete.

Obwohl die ideologische Haltung der PZPR durch die theoretischen Schriften des Marxismus bzw. Kommunismus vorgegeben war und ihr ideologisches Konkurrenzverhältnis zur katholischen Kirche deutlich zu erkennen ist, bedarf das Verhältnis von Staat und Kirche trotz einiger vorliegender Studien im allgemeinen und die Haltung der Einheitspartei gegenüber der Religion und der katholischen Kirche im besonderen noch einer grundlegenden wissenschaftlichen Aufarbeitung.

Dieses Desiderat versucht Barbara Fijałkowska mit der hier erst zum Teil vorliegenden umfangreichen Studie zu schließen. Als grundlegende Prämisse setzt sie voraus, daß der Kampf gegen die Kirche und die katholische Religion unverändert eines der strategischen Hauptziele der Kommunisten war, das seit der Gründung des Lubliner Komitees im Jahre 1944 bis zu ihrem Sturz im Jahre 1989 verfolgt wurde. Dabei klassifiziert sie in der Einleitung die These, daß es der Partei in bezug auf die Religionspolitik nur darum